

Berliner sind zur Selbsthilfe bereit



In einem Namensartikel nimmt der CDU-Fraktionsvorsitzende Nicolas Zimmer zur Haushaltsklage in Karlsruhe Stellung:

Die Geschichte hat von der deutschen Hauptstadt viel abverlangt, Wunden aufgebrosen und wieder verheilen lassen, mancherorts Narben hinterlassen. Zwar wurden beide Teile Berlins während der Spaltung mit großen Subventionen unterstützt. Doch nach der Wiedervereinigung brachen diese Geldströme ab – genau in einem Zeitpunkt, als Berlin sich aus eigener Kraft noch nicht bewähren konnte. Der Bedarf an Investitionen war immens – in Infrastruktur, Straßen, Schienennetze, Wohnungen, öffentliche Verwaltung, Technik, usw. Doch der Bund kürzte die Zahlungen und Berlin glaubte, auch unterstützt durch Expertenurteil, Berlin sei auf dem Pfad zu einer neuen 5-Mio. Metropole kaum zu stoppen. Einnahmen durch Zuzüge und Ansiedlung seien quasi nur eine Frage von wenigen Jah-

ren. Heute sind wir schlauer. Der Trend hat sich deutlich abgeflacht. Berlin schulterte enorme Ausgaben selbst. Die Verschuldung Berlins seit Kriegsende stieg auf 40 Mrd. Euro im Jahr 2001. Der Wowereit-Senat hat durch verfehlte Finanz- und vor allem Investitionspolitik diese Sum-



Wunschtraum im Roten Rathaus: Geldregen im Neptunbrunnen.

me binnen fünf Jahren auf 60 Mrd. Euro hochgetrieben. Die CDU fordert die Unterstützung Berlins durch Bund und Länder im Rahmen eines Hauptstadt-Pakts. In diesem Sinne begleitet sie die Klage des Landes Berlin in Karlsruhe

he auf Sonderergänzungszuweisungen konstruktiv, weil der Wegfall der Berlin-Hilfe, der radikalste Subventionsabbau Deutschlands, nicht zu verkraften war. Die Streichungen durch Rot-Rot haben die Lage leider nicht wirklich verbessert. Weil eine inkompetente Wirtschafts-

durch Arbeitsplätze schaffen, z.B. in den Bereichen Medizin, Forschung, neue Technologien, Kultur und durch Ansiedlung von Dienstleistung und Produktion. Karlsruhe wird Wege für die Zukunft aufzeichnen. Und auch dies gehört zur Wahrheit: Berlin hat auch heute schon viele

Gründe, sich zu freuen: Hauptstadt eines friedlich wiedervereinigten Deutschlands, eine gefestigte Demokratie und freiheitliche Verfassung, Tourismusmagnet für Menschen aus aller Welt, Gastgeber für Freunde anlässlich der Fußball-WM 2006, hervorragende Künstler, Wissenschaftler, Unterneh-

mer, Sportler, Millionen von Menschen, die Berlin seinen unverkennbaren Charme verleihen. Und noch viel, viel mehr. Ein positives Urteil aus Karlsruhe könnte helfen, dass sich Berlin selbst helfen kann. Die Berliner sind dazu bereit.

politik die Erträge nicht in die Standortvorteile Berlins investiert hat. Noch nie ist eine Sanierung ohne Investitionen gelungen! Karlsruhe wird dem Wowereit-Senat dessen Versäumnisse klar benennen: Endlich mehr Einnahmen

Polizei meistert 1. Mai mit Bravour



Die Bilanz des ersten Maiwochenendes: Kundgebungen ohne ernsthaftere Ausschreitungen, auf den Straßen feiernde Bürger, die der Gewalt die Rote Karte zeigen und den Kiez mit Hilfe der Polizei friedlich zurückerobern.

Für ihren Einsatz haben sich die Berliner Polizei und die auswärtigen Einheiten ein dickes Lob verdient. Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Frank Henkel: „Nur durch ein hartes und konsequentes Eingreifen der Polizei auch bei kleinsten Delikten konnte Gewalt schon im Keim erstickt werden. Deswegen war die Abkehr von einer vermeintlichen

Deeskalationsstrategie der richtige Weg und polizeiliche Zurückhaltung nur dann geboten, soweit dies möglich war. Bei Straftaten muss grundsätzlich konsequent und mit der gebotenen Härte durchgriffen werden.“ Dennoch bleibe ein übler Nachgeschmack. In jeder anderen deutschen Stadt hätten steinernde Jugendliche und eine Bilanz von insgesamt 65 verletzten Polizeibeamten für einen handfesten Skandal gesorgt, so der CDU-Politiker. In Berlin dagegen habe man sich offensichtlich an gewalttätige Ausschreitungen am 1. Mai gewöhnt. Das sei bedenklich. Jeder verletzte Polizist und jeder fliegender Stein sei aber einer zu viel. Der CDU-Innenpolitiker warnte deshalb vor zu großer Euphorie. Im nächsten Jahr könnten die 1. Mai-Veran-



1. Mai: Polizei hat sich dickes Lob verdient.

staltungen ganz anders aussehen und die Gewalt wieder eskalieren. Diesmal habe es NPD-Demonstrationen in Rostock und Leipzig gegeben, zu denen die autonome Szene gefahren sei. Außerdem sei die radikale politische Linke heillos zerstritten. Dies habe dem diesjährigen 1. Mai in der Hauptstadt gut getan. Die Polizei aus Berlin

sei aber schon jetzt durch den rot-roten Personalabbau an die äußersten Grenzen ihrer Kapazität gestoßen. Bei Großveranstaltungen wie bei der WM könne es in der Hauptstadt zu Engpässen kommen, weil keine Polizei aus anderen Bundesländern angefordert werden könne. Und die Hooligan-Szene mache jetzt schon mobil.

In Kürze

Kindeswohl vor Elternrecht

Die Berliner CDU-Fraktion hält an ihrer Forderung fest, verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen einzuführen. Ein von der Fraktion in Auftrag gegebenes WPD-Gutachten eröffne dafür entsprechende Möglichkeiten, so der jugendpolitische Sprecher, Sascha Steuer.

Rote Karte für „poptown“

Als „klare Überschreitung der Grenze von Satire“ bezeichnet die Kirchenbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ingrid Fischbach MdB, die Ausstrahlung der Sendung „poptown“ im Jugendsender MTV. Es würden religiöse Symbole verächtlich gemacht und Gefühle verletzt. Gerade ein Sender, der sich an die Jugend wende, solle zu einem respektvollen Miteinander aufrufen.

Denkmalschutz für Kudamm-Bühnen gefordert

Wowereit und der rotrote Senat haben wohl endgültig den Kampf um den Erhalt der Ku'damm-Bühnen aufgegeben. Wie sonst erklärte sich, dass der Landesdenkmalrat den Denkmalschutz für die in zwanziger Jahren von Max Reinhardt bespielten Bühnen verweigert. Der Kultursprecher der CDU-Fraktion, Dr. Uwe Lehmann-Brauns, nannte diese Entscheidung „stadtunverträglich“ und „destruktiv“.

Vatikan pro Kondom

Die Ankündigung des Vatikans, das strenge Verbot der Benutzung von Kondomen z. B. für Aidskranke zu lockern, findet Zustimmung bei Peter Liese (CDU), Vorsitzender der Arbeitsgruppe Bioethik der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament. Er nannte die Entscheidung „überfällig“ und einen richtigen Schritt zur Entpolemisierung der Debatte um AIDS und die katholische Sexualmoral.